

14.37

**Abgeordnete Martina Diesner-Wais (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Ich lebe in einer Grenzregion und kann sagen – wie schon angesprochen –, seit Tschernobyl haben die Leute dort einfach eine ablehnende Haltung gegen Atomkraft.

„SPIEGEL ONLINE“ hat über die EU-Kommission berichtet, wonach in Europa die Atomkraft massiv zu stärken sei. Das hat in Österreich und Deutschland großes Unverständnis hervorgerufen.

Herr Kollege Rauch! Die österreichische Bundesregierung sieht Atomkraft nicht als nachhaltige Form und tritt mit Vehemenz gegen jede Art von Förderung der Kernenergie und gegen den Bau von Kernkraftwerken ein. *(Abg. Walter Rauch: Wir fördern das mit!)*

Die Endlagerung und der Rückbau sind teuer und ein großes gesundheitliches Risiko. Wenn nur ein kleiner Fehler passiert, wird das für unsere nächsten Generationen ein großer Schaden und eine große Belastung sein. Die Missachtung der Folgekosten sozusagen bei der Endlagerung der Kernenergie macht sie fälschlich auch billig und verzögert die Energiewende, die wir in Europa und vor allem in Österreich eigentlich wollen.

Jede Diskussion muss daher klarmachen, dass wir die erneuerbaren Energien fördern und die nukleare Energiepolitik in Europa stoppen wollen. Österreich hat auch beim EU-Energierat Anfang Juni bereits abgelehnt, dass die Forschungsmittel weiter gestattet werden.

Wir brauchen viel mehr eine Förderung der erneuerbaren Energie. Daher möchte ich in Richtung unseres Koalitionspartners auch nochmals darauf hinweisen, dass die kleine Novelle beim Ökostromgesetz sehr wichtig wäre, denn gerade für Biogas, Kleinwasserkraft und Windkraft wäre das eine ganz wichtige Sache. Die Initiative für einen Energiewendevertrag hat unser Minister Rupprechter im März 2016 seinen Amtskollegen in Europa vorgestellt.

Nun aber zur Thematik grenznaher Kraftwerke: Da ist es eben wichtig, auf die Verbesserung zu pochen, dass eben auch in Zukunft die Sicherheit gewährleistet wird.

Und jetzt zum KKW Krško: Die österreichische Bundesregierung befasst sich schon jahrzehntelang damit. Wir sind auch da felsenfest davon überzeugt, dass eine Erdbebensicherheit gegeben und auch mit drin sein muss. Die neuen Erkenntnisse der Libna-Verwerfung haben eben gezeigt, dass diese Erdbeben verursachen kann. Daher

fordern wir im Rahmen des Nuklearinformationsabkommens verstärkt die Durchführung von weiteren Untersuchungen, damit die Sicherheit gegeben ist.

Uns ist es im Ausschuss auch gelungen, aus Ihrem Antrag, Herr Kollege Rauch, einen Sechs-Parteien-Antrag zu formulieren, in dem es nicht nur um das eine Kraftwerk, sondern generell um Kraftwerke – vor allem in Grenznähe, wo es uns besonders am Herzen liegt – geht, damit deren Betrieb in Zukunft nicht mehr verlängert wird.

So kann ich eigentlich nur daran erinnern: 30 Jahre Tschernobyl – Sie haben es schon angesprochen –, fünf Jahre Fukushima. Es sind wirklich Risiken, die wir und auch unsere nächsten Generationen haben, und mit dieser Technologie werden viele schlechte Dinge mitgegeben. Wir sind für erneuerbare Energie, für Nachhaltigkeit. Das haben wir auch gezeigt, indem wir beim vorigen Tagesordnungspunkt den Klimavertrag eingegangen sind. Als drittes Land haben wir diesen hier in Österreich ratifiziert.

Und so möchte ich zum Abschluss noch einen Antrag von allen sechs Parteien einbringen, denn es hat eine kleine redaktionelle Korrektur gegeben:

### **Abänderungsantrag**

der Abgeordneten Höfinger, Weninger, Walter Rauch, Köchl, Pock, Weigerstorfer, Kolleginnen und Kollegen

zum Selbständigen Ausschuss-Entschließungsantrag (39/AEA) betreffend Verhinderung von Atomkraft-Förderungen aus Mitteln der EU in der Fassung des Berichts des Umweltausschusses über den Antrag 1726/A(E) der Abgeordneten Walter Rauch, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verhinderung von Atomkraft-Förderungen aus Mitteln der EU (1200 d.B.)

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

Der Text des Entschließungsantrages lautet wie folgt:

„Die Bundesregierung wird ersucht, auf EU-Ebene alle notwendigen politischen und diplomatischen und rechtlichen Möglichkeiten zu ergreifen, um hintanzuhalten, dass Kernkraftwerke, insbesondere deren Entwicklung, deren Bau und deren Betrieb aus den Mitteln der EU gefördert werden.“

\*\*\*\*\*

In diesem Sinn treten wir für ein Europa ohne Kernkraft, für ein Europa der erneuerbaren Energie und für unsere nächsten Generationen ein. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und Grünen.)*

14.42

**Präsident Karlheinz Kopf:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Köchl. – Bitte.